

## JOACHIM H. SPANGENBERG

# Gegengift – Nachdenken über Wege in eine nachhaltige Zukunft

*Inzwischen ist es 30 Jahre her, daß in der Diskussion um die Zukunft der Menschheit die Endlichkeit der Ressourcen und die Verletzlichkeit der Erde als Biosphäre bewußt gemacht und die Frage nach einem verträglichen Maß wirtschaftlicher und zivilisatorischer Entwicklung gestellt wurde. Das Jahr 1972 – mit der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt in Stockholm und dem Erscheinen des Club-of-Rome-Berichts über die »Grenzen des Wachstums« von Dennis L. Meadows und anderen – markiert den Beginn eines neuen Denkens über unsere globale Verantwortung für die Erhaltung der Existenzbedingungen des Lebens auf diesem Planeten. 1987 erreichte schließlich das Konzept der »nachhaltigen Entwicklung«, das auf den Ausgleich von ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen orientiert, eine bis dahin unbekannte Popularität. Die Befriedigung der Bedürfnisse der heute Lebenden soll demnach mit der Erhaltung von Gestaltungsspielräumen für ein selbstbestimmtes Leben nachfolgender Generationen verbunden werden – so das normative Konzept, wie es im Brundtland-Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung unter Leitung der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland formuliert wurde. Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 entwickelte daraus einen terminus politicus, ein neues politisches Paradigma. In der hiesigen Debatte sorgte 1996 die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie für Schlagzeilen, aber auch für Kritik.*

*Nun liegt seit einem Jahr der im Auftrag der Hans Böckler Stiftung erstellte Abschlußbericht »Wege in eine nachhaltige Zukunft« des Verbundprojektes Arbeit und Ökologie vor. Sein Fazit lautet: »Eine sozial-ökologische Reformstrategie, die wirtschaftliche Effizienz, ressourcenschonende Produktion, umweltgerechten Konsum und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet, ist grundsätzlich machbar. Und sie ist mit Blick auf ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungsmöglichkeiten sogar erfolgreicher als Entwicklungsstrategien, die sich an den Leitpunkten Kostenentlastung für Unternehmen, niedrigere Löhne und schlanker Staat orientieren.«<sup>1</sup>*

**KLAUS MEIER:** Warum ist das Vernünftige immer so schwer zu machen? Herr Spangenberg, Ihre wissenschaftliche Biographie, Ihr persönliches Engagement sind sehr eng mit dem Bestreben um die Verbindung von nachhaltiger Entwicklung und sozialer Verantwortung verbunden – wie fällt aus Ihrer Sicht die Bilanz aus?



Joachim H. Spangenberg – Jg. 1955;

Das Interview führte Klaus Meier im Frühsommer 2001 am Rande des Gesprächskreises *Nachhaltigkeit* der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Joachim H. Spangenberg wird auf dem Workshopzyklus III der Rosa-Luxemburg-Stiftung *Nachhaltigkeit – Ökonomie und Ökologie: wirtschafts- und regionalpolitische Konzepte* am 14. und 15. September 2001 in Berlin im Konferenzsaal der Stiftung am Franz-Mehring-Platz 1 im Rahmen seines Beitrages »Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum« auch Ergebnisse des Verbundprojektes *Arbeit und Ökologie* vorstellen.

<sup>1</sup> Hans Böckler Stiftung (Hrsg.): *Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie*, Düsseldorf 2000, S. 55.

JOACHIM H. SPANGENBERG: Der ersten UN-Konferenz über Umwelt in Stockholm 1972 gingen bekanntlich einige Jahre der Diskussion voraus. Insbesondere der Wachstums- und Fortschrittsglaube der Industrienationen wurde kritisch befragt. Seinerzeit war ich noch Schüler und der festen Überzeugung, daß wir mehr Atomkraftwerke brauchen – das ist Zukunft, sauber und macht keinen Dreck. Allerdings habe ich mich bald zu einer anderen Ansicht bekehren lassen. Es waren sehr politische Zeiten – 1972 beschäftigte uns die Auseinandersetzung um Willy Brandt und seine neue Ostpolitik und politisierte weite Kreise der Bevölkerung. Ich ging in die Sozialdemokratie und blieb Mitglied bis 1999.

In dieser Zeit ist Umweltschutz von einem exotischen Randthema zum festen Bestandteil der politischen Landschaft geworden – eine institutionelle Innovation, deren Umfang und Geschwindigkeit historisch wohl einmalig ist. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und die grüne Partei sind etablierte Teile der Zivilgesellschaft, zunehmend auch in Ostdeutschland. Bei allem Alltagsrger, rückblickend ist die Geschichte der Umweltpolitik eine Erfolgsgstory.

KLAUS MEIER: Treten wir nach 30 Jahren Umweltdiskurs nicht dennoch mehr oder weniger auf derselben Stelle, während – um im Bild zu bleiben – der Boden unter uns wegrutscht?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Wenn man der gesellschaftlichen Diskussion glaubt, spricht einiges für diese Einschätzung. Anfang der siebziger Jahre war der Begriff »Umwelt« nur zehn Prozent der Bevölkerung bekannt (ähnlich wie heute der alltagssprachlich sperrige Begriff »Nachhaltigkeit«), aber schon zehn Jahre später bewegte das Umweltthema die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Ich bin als Schüler für das Thema sensibilisiert worden, und seither hat es mich als Wissenschaftler und Bürger nicht mehr losgelassen. Beruflich bin ich Biologe und Ökologe mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeitsforschung, ehrenamtlich arbeite ich seit über 25 Jahren in Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und entwicklungspolitischen Zusammenhängen.

Auch heute noch ist das Thema virulent – nach Meinungsfragen ist es zwar in der Priorität abgerutscht, wenn man nach den dringendsten politischen Problemen fragt, aber es behauptet unangefochten Platz 1 der Liste der langfristig wichtigsten Themen. Für die Politik heißt das, daß man mit dem Thema Umwelt keine Wahlen gewinnt. Aber man kann sie durchaus verlieren, wenn man das Thema nicht hinreichend ernst nimmt. Umwelt ist also kein Sieger-, aber ein ›Killer‹-Thema. Politik kann nur attraktiv und glaubwürdig sein, wenn sie die langfristig wichtigen Themen ebenso ernst nimmt wie die kurzfristig drängenden.

Umwelt ist und bleibt also ein relevantes Thema – das Mitgliederproblem der Umweltverbände liegt eher am Mangel an Nachwuchs bei Führungskräften denn am Mitgliedermangel (sie wachsen immer noch, aber langsamer als vorher und in Ostdeutschland mit einer verbreiteten Abneigung gegen Großorganisationen auf niedrigem Niveau). Viele junge Menschen halten Umweltschutz heute für so selbstverständlich, daß es altmodisch scheint, sich hier zu engagieren

(der Geschlechtergerechtigkeit geht es ähnlich). Das heißt aber nicht, daß sie jede ökologische Missetat billigen würden, im Gegenteil: Die Verweigerung von Selbstverständlichkeiten erzeugt eine besondere Verärgerung, die Grundlage der eben genannten Charakteristik als ›Killer‹-Thema ist.

Weitaus mehr Resonanz findet man bei jungen Menschen, wenn man nicht über vermeintliche Selbstverständlichkeiten wie Umweltschutz redet, sondern über die Verbindung von wirtschaftlichem Wohlergehen, sozialer Sicherheit und gesunder Umwelt, wie wir es im Verbundprojekt *Arbeit und Ökologie* getan haben. Das weckt Interesse, aber dieses Interesse findet im politischen Raum bisher keinen glaubwürdigen Vertreter oder Ansprechpartner.

KLAUS MEIER: Wie kam es zu diesem in seiner Art doch bislang einmaligen Verbundprojekt?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Auftraggeber war die *Hans Böckler Stiftung* des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das ist insofern wichtig, weil der DGB als Dachverband nicht allein über die Forschungsförderung der Stiftung entscheidet, sondern auch Vertreter der IG Metall, der ÖTV (heute ver.di), der IG Bau, der IG Chemie usw. wirken mit. Diese Einzelgewerkschaften haben verständlicherweise ihre spezifischen politischen Positionen und Erfahrungen, die sie in so ein Projekt einbringen möchten, so daß wir von fachlicher wie auch politischer Seite mit hinreichend Informationen und Positionen ›gefüttert‹ wurden. Der Abschlußbericht konnte nicht in allen Teilen Konsens erzielen und macht in einigen Punkten – zum Beispiel bei der Grundsicherung, bei der Materialeinsatzsteuer und beim Niedriglohnsektor – sehr deutlich, wo Unterschiede liegen. Aber es ist schon äußerst bemerkenswert, daß bei einem so breiten Spektrum der beteiligten Disziplinen sowie gewerkschaftlichen Standpunkten und Intentionen doch ein umfassender gemeinsamer Kern eines strategischen Konzepts der Zukunftsfähigkeit herausgearbeitet werden konnte. Er kann bei allen Differenzierungen eine verbindende Grundlage für das gemeinsame politische Handeln unterschiedlichster Akteure sein.

Zur Vorgeschichte nur soviel: 1996 wurde die viel beachtete Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* veröffentlicht.<sup>2</sup> Weniger beachtet ist die Tatsache, daß diese nur eine von 29 nationalen Studien in Europa war. Die wiederum gingen zurück auf die europaweite Studie *Sustainable Europe*<sup>3</sup>, die 1993/94 im Wuppertal Institut im Auftrage des größten europäischen Umweltverbands, in Deutschland vertreten durch den BUND, erarbeitet wurde. Entscheidend war, daß, wo auch immer diese Untersuchungen durchgeführt wurden – von Portugal bis Georgien und von Norwegen bis Malta –, sich die Beteiligten dem gemeinsamen Ziel nachhaltiger Entwicklung verpflichtet fühlten. Dabei muß man bedenken, daß im Osten der Systemkollaps unmittelbar vorausgegangen war und riesige wirtschaftliche und soziale Probleme auftauchten. Es war für mich spannend zu erleben, daß Vertreter aus Osteuropa gerade deshalb mit uns über Nachhaltigkeit reden wollten, weil sie jenseits einer dem Westen nacheifernden Politik nach einem neuen tragenden Ideeengebäude für die Zukunft

2 BUND/MISEREOR (Hg.): *Zukunftsfähiges Deutschland*, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Berlin/Basel 1996.

3 Vgl. Spangenberg, Joachim H. (Hg.): *Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute for Friends of the Earth Europe*, Luton/Brussels 1995.

4 Vgl. OECD: Analytic Report on Sustainable Development, SG/SD(2001)1, Paris 2001.

5 Vgl. Spangenberg, Jo-achim H.: Environmental Space Calculations for Central Asia, UNDP Central Asia Sustainability Project, Almaty 2000.

suchten. Das einzige, was ihnen en gros angeboten wurde, war das neoliberale Weltbild. Aber innerhalb dieser neoliberalen Konzeption ist die soziale Dimension kaum noch denkbar, sie kommt als eigenständige Zielkategorie nicht mehr vor, lediglich ihre ökonomischen Auswirkungen werden betrachtet.<sup>4</sup> Schon allein die Tatsache, daß wir zeigen konnten, bei uns kommt sie nicht nur vor, sondern ist von zentraler Bedeutung, hat viele bewogen, sich zu engagieren. Bis hin zu Ministern und stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde uns bestätigt: Das ist eine Art Gegengift zu dem, was die Experten vom *Internationalen Währungsfonds* uns jede Woche predigen.

KLAUS MEIER: Haben die Aktivitäten im Osten eine Fortsetzung gefunden?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Ja, in den verschiedensten Formen. So bekam ich vor einiger Zeit einen Anruf von einem Kollegen, der zum ukrainischen Fachteam gehört hatte und dann Leiter des Büros der UNDP, also des UN-Entwicklungsprogramms, in Zentralasien war. Die damals gemeinsam entwickelten Konzepte hat er zwischenzeitlich in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan angewandt, um nachhaltigkeitsorientierte Entwicklungsprozesse zu fördern. Ich habe die Kollegen vor Ort besucht und auch Studien für ihn gemacht; die Ergebnisse sind jetzt dokumentiert.<sup>5</sup> Es sind dort Meßverfahren für den Umweltverbrauch in ariden Regionen (zum Beispiel der Trockenzone des Aralseebeckens) entwickelt worden und von einigen Regierungen (beispielsweise in Kirgisistan) wurden sie bereits in die nationalen Systeme der Umweltberichterstattung aufgenommen. Im Mai 2001 ist dieses Projekt als Beispielfall vor den Vereinten Nationen präsentiert worden und hat Resonanz gefunden. So gibt es unter anderem ein Netzwerk von Hochschulen in den fünf Ländern, zu deren Staatsgebiet Teile der Amazonasregion gehören, und die die zentralasiatischen Methoden und Erfahrungen in regional angepaßter Form bei sich umsetzen wollen.

KLAUS MEIER: Solche konkreten Projekte geben doch einigen Anlaß zur Hoffnung. Wie ordnet sich in diesem Kontext das Unternehmen des Verbundprojekts Arbeit und Ökologie ein?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Auf der gesellschaftlichen Oberfläche dominiert natürlich die große Strömung in Richtung Neoliberalismus. Viele haben versucht, in vielerlei Weise dagegen anzugehen. Und jeder, der das versucht hat, wird sagen, er war nicht sonderlich erfolgreich. Aber man kann in sehr vielen Bereichen auch gegenläufige Bewegungen sehen. Meine größte Befürchtung ist, daß das Menschenbild, das mit dem neoliberalen Konzept einhergeht, das Konzept des nutzenmaximierenden, egoistischen, rücksichtslosen, ökonomisch denkenden Individuums – des *homo oeconomicus* – ohne soziale Bindungen und Verantwortung mehr und mehr in die Selbstwahrnehmung der Menschen einfließt. Je weiter dieser Prozeß voranschreitet, desto weniger ist der einzelne, ist die Gemeinschaft in der Lage, irgendeine gesellschaftspolitische Vision zu entwickeln,

die etwas mit Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft zu tun hat. Dann zählt nur noch der Ellenbogen.

Doch zurück zum Verbundprojekt. Bei der angeführten europäischen Studie habe ich von Anfang an darauf insistiert, die soziale Dimension hineinzunehmen und in diesem Zusammenhang auch die Kollegen vom *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung* (WZB) gewinnen können, sich mit der Rolle der Arbeit in einer Nachhaltigkeitsstrategie – ein damals neues Thema – zu beschäftigen. Das war Grundlage für Gespräche mit Gewerkschaftern über die Frage, wohin führt das Konzept Nachhaltigkeit und wie verhält es sich mit seinen gesellschaftlichen Trägern, insbesondere mit den Gewerkschaften, ohne deren Beteiligung eine Nachhaltigkeitsstrategie nicht funktionieren kann.

Zwischenzeitlich wurde die Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* veröffentlicht, die dieses Thema unter primär ökologischen Vorzeichen behandelte. Es gab die bekannte Kritik der Gewerkschaften daran – aus guten Gründen. Daraufhin haben wir auf der Grundlage der etwas älteren europaweiten Studie mitdiskutiert, was denn jetzt in und für Deutschland auf diesem Feld getan werden müsse. Zeitgleich hat die damalige stellvertretende Vorsitzende des BUND, *Angelika Zahrt*, seinerzeit Auftraggeberin der Studie, den DGB-Vorstand angesprochen, ob man nicht mehr in Richtung auf die soziale Komponente nachhaltiger Entwicklung tun könnte.

Das alles zusammen hat schließlich dazu geführt, daß das WZB und das *Wuppertal Institut* zusammen mit dem *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung* in Berlin einen gemeinsamen Projektvorschlag vorgelegt haben, auf dessen Basis dann von der *Hans Böckler Stiftung* die Studie *Arbeit und Ökologie* als interdisziplinärer Projektverbund an die drei Institute vergeben wurde.

KLAUS MEIER: Stichwort Transdisziplinarität – welche Erfahrungen gab es mit Forschungsdesign und Forschungspraxis?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Transdisziplinarität heißt, daß man nicht nur auf vorgegebene Fragen parallel nach Antworten sucht, sondern bereits die Forschungsfragen gemeinsam erarbeitet. Und da beginnt das Problem der Arbeitsteilung und des wechselseitigen Verstehens. Schnell stellt man fest, daß das, was die anderen Disziplinen beispielsweise über Soziales sagen, sich nicht mit dem deckt, was die Sozialwissenschaften darunter verstehen. Warum? Weil, um die Ökonomie zu nehmen, diese einen Begriff von Sozialem hat, der sich auf ökonomisch meßbare Merkmale beschränkt. Unter dieser Optik sehen Dinge eben anders aus, als wenn man Lebensqualität breiter definiert. Den Ökologen wiederum wird mangelnde ökonomische Kompetenz vorgeworfen, denn die Ökonomie hat ihre Vorstellung, was ökologisch richtig ist – nämlich das, was sich nach Kosten-Nutzen-Analysen rechnet. Das heißt aber, daß die Ökonomen eben nur das berücksichtigen, von dem der Preis heute schon bekannt beziehungsweise abschätzbar ist, und so sind sie kaum in der Lage, Zukunftsschäden vernünftig einzubeziehen. Es gibt einen kaum zu übersehenden Hegemonialanspruch des ökonomischen Denkens. Das merkt man auch dem Text des Abschlußberichtes an.

Immer, wenn es zu keinem disziplinübergreifenden Konsens kam, hieß die Sprachregelung, »aus ökologischer Sicht ist das so, aus soziologischer Sicht ist es so«, die »normale« Sicht war mithin die der Ökonomie. Das ist den Ökonomen mittlerweile in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie normbesetzend auftreten; die Offenheit für die Grenzen der eigenen Disziplin ist ihnen verlorengegangen – die Attitüde einer Herrschaftswissenschaft.

**KLAUS MEIER:** Wir haben es hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit menschlicher Lebensweisen mit einem gordischen Knoten zu tun, der Unvereinbarkeit von nachhaltiger Entwicklung und dem Diktat neoliberaler Logik gesellschaftlichen Handelns. Diese Logik muß durchbrochen werden, nur die Frage ist, wie?

**JOACHIM H. SPANGENBERG:** Mit der Nachhaltigkeit kommt ein Leitbild in die Diskussion, das einen anderen Zugang notwendig macht. Mit einer ökonomistischen Verengung der Sicht lassen sich viele Fragen nicht mehr sinnvoll stellen und beantworten. Unter Soziologen heißt es, ein Leitbild ist so etwas wie der Fluchtpunkt von Machbarkeitserwartung und Wünschbarkeit. Es muß also Realisierungschancen haben, aber eben auch einen utopischen Gehalt. Ein Leitbild ist handlungsorientierend, zukunftsweisend usw. usf., und es wirbt mit Argumenten um Unterstützung. Genau das zeichnet den Begriff der Nachhaltigkeit aus; er ist ein sehr komplexes Bild, das aus vielen Leitbildern zusammengesetzt ist. Aber jedes dieser Leitbilder befragt und zieht in Zweifel, das, was die neoliberale Logik ausmacht – freie Märkte, vollständige Information, selbststüchtige Individuen.

Das Rentensystem beispielsweise wird gegenwärtig auf der Basis dieser Philosophie von Grund auf neu organisiert. Widerstand dagegen zu organisieren hat mit dem Problem zu tun, daß die neoliberale Welt- und Menschensicht nicht mehr nur ein Leitbild, sondern inzwischen zu einer Norm erstarrt ist. Normen sind Leitbilder, die derart dominant und hegemonial geworden sind, daß sie nicht mehr begründungspflichtig erscheinen. Und jeder von uns, der beginnt, Fragen zu stellen, will unter anderem erreichen, daß die Neoliberalen nicht umhin können, wieder Begründungen zu geben. Sobald sie dazu gezwungen sind, wird man merken, wie schwach ihre Argumente sind. Und deshalb wird jeder Kritiker verteufelt – Gott sei Dank sind Verbrennungen heute passé. Es werden aber hochemotionale Diskussionen geführt, weil zu Recht befürchtet wird, man wolle den heiligen Tempel des Neoliberalismus einreißen und die Leute auf eine Ebene holen, wo man mit ihnen überhaupt auf gleicher Augenhöhe diskutieren kann und die besseren Argumente zählen. Sobald das gelungen ist, wird sich vieles bei uns ändern.

Spannend ist die Tatsache, daß sich unsere und andere europäische Regierungen die Terminologie von Nachhaltigkeit zu eigen machen, daß sie kleinere Schritte in Richtung Mitbestimmung gehen, daß beispielsweise die englische Regierung unter *Toni Blair* die Armutsbekämpfung wieder in den Vordergrund gestellt hat. Das zeigt doch nur, daß wir in einer Phase sind, wo die von den Regierenden aller europäischen Länder forcierte neoliberale Politik nicht von der Bevölkerung im Großen und Ganzen geteilt wird. So sehen sie sich ge-



zwungen, eine Camouflage zu betreiben und Begriffe zu besetzen und Kompensationsmaßnahmen vorzuschlagen, weil ihre Politik in Reinkultur keine Mehrheit findet. Deshalb ist es so wichtig, die politische Dimension des Nachhaltigkeitsprozesses zu kommunizieren, damit die Leute erkennen, daß dieses ein Konzept ist, das zu mehr Lebensqualität führt und nicht zu weniger. Und zu dieser Lebensqualität gibt es nur eine Alternative – die kalte Gesellschaft des Neoliberalismus, die derzeit unter fremder Verwaltung steht, nämlich unter der von Herrn *Gerhard Schröder*.

**KLAUS MEIER:** Die wohl zentrale Schlußfolgerung des Verbundprojektes ist, daß sowohl die vorgeschlagenen Optionen einer ökonomisch-sozialen als auch einer ökologisch-sozialen Reformstrategie allemal mehr Zukunftsfähigkeit versprechen als das Kontrastprogramm der Kostenentlastung der Unternehmen durch niedrige Löhne und weniger Staat – also dem »weiter so wie bisher«?

**JOACHIM H. SPANGENBERG:** Die vorherrschenden neoliberal beeinflussten Politikmuster in Europa und insbesondere den USA laufen darauf hinaus, mit einigen eher kosmetischen Verbesserungen die Entwicklung der Volkswirtschaften auf dem schlechtestmöglichen Weg zu halten. Sowohl ein ökologisch inspiriertes Umwelt-Entlastungsszenario wie ein keynesianistisch inspiriertes Wachstums-szenario bringen bessere Ergebnisse, sozial und ökologisch wie auch ökonomisch.

Die Machbarkeit von Alternativen zu prüfen war das Kernanliegen unserer Studie: wie bringt man etwa die Arbeitslosigkeit runter, wie kann man die Umweltbelastung signifikant senken und wie macht man das Ganze langfristig durchhaltbar – verbunden mit einer Wirtschaftspolitik, die die Tragfähigkeit des Staates nicht überlastet, also keine unbegrenzte Verschuldung im Gefolge hat.

Wir haben bei der Modellierung der unterschiedlichsten Szenarien festgestellt, daß man diese Ziele nur erreichen kann, wenn man in fünf Handlungsfeldern gleichzeitig und abgestimmt initiativ wird, indem man:

*Erstens* auf umfassende Innovation setzt, spricht nicht nur auf technische Innovationen, sondern auch auf soziale Innovationen wie Partizipation, Mitbestimmung und Selbstorganisation, sowie auf institutionelle Innovationen, die zum Beispiel für einen modernen, effektiven aber handlungsfähigen Staat sorgen. Nicht nur Forschung und Entwicklung, sondern auch Geschlechtergerechtigkeit und direkte Demokratie sind insofern unverzichtbare Bestandteile einer nachhaltigen Entwicklung.

*Zweitens* müssen Rahmenbedingungen gesetzt werden, die uns beispielsweise über Grenzwerte, ökologische Steuern und Subventionsumbau in die Lage versetzen, ein ökologisches Umsteuern herbeizuführen. Die meisten hier relevanten Instrumente sind wohl bekannt, werden aber nicht konsequent eingesetzt (siehe die Ökosteuer der Bundesregierung) oder gar verteufelt (siehe das auch weiterhin unverzichtbare Ordnungs- und Planungsrecht).

*Drittens* kann ein solcher tiefgreifender Wandel nicht ohne eine soziale Grundsicherung gestaltet werden. Man braucht sie, weil sich

durch eine ökologisch orientierte Modernisierung neue Lernzweige ergeben. Alte Wissenstatbestände werden entwertet und selbst dann, wenn der einzelne nicht arbeitslos wird, oder wenn mehr Leute neue Arbeit bekommen als alte Arbeit verloren geht, ist es ein Strukturwandel, der einen erheblichen gesellschaftlichen Streß auslöst. Das ist zwar nicht mehr Streß, als das »weiter so« auch auslösen würde. Aber wenn man die Bürger für ein ökonomisch-ökologisch-soziales Umsteuern gewinnen will, muß man schon begründen, warum man das tut und welche Umstellungen und Belastungen man dabei rechtfertigen kann. Dieser unvermeidliche Streß ist für die Gesellschaft nur durchzuhalten, wenn man den Menschen ehrlicherweise vermitteln kann, es bedeutet am Ende nicht weniger sondern mehr Lebensqualität, Einkommen und soziale Sicherheit. In unserem Szenario steigt das materielle Einkommen innerhalb der nächsten 20 Jahre etwas über ein Drittel, während die Arbeitszeit gleichzeitig auf rund 30 Stunden pro Woche sinkt. Für diejenigen in der Bevölkerung, die am unteren Ende der sozialen Skala stehen, ist nach unseren Berechnungen zusätzlich eine Grundsicherung (in unserem Szenario ein Mindesteinkommen) in einer Höhe finanzierbar, die deutlich über der Armutsschwelle liegt. Es muß in einem so reichen Land wie Deutschland niemand mehr arm sein. Wenn man eine materielle Grundsicherung garantiert, wenn die Angst davor, in Armut zu fallen, wenn die Angst vor Dauerarbeitslosigkeit genommen werden kann, dann kann man den Leuten auch vermitteln, was sie mit nachhaltiger Entwicklung gewinnen können: »Du gewinnst eine gesunde Zukunft für deine Kinder und der Preis dafür ist, daß dein Einkommen etwas langsamer wächst, als es das könnte, wenn dir die soziale und ökologische Umwelt egal wäre«. Und ich glaube, daß bei einer Wertentscheidung zwischen 40 Prozent (Kostensenkungsszenario) oder 30 Prozent Einkommenszuwachs (ökologisch-soziales Szenario), wenn man bei letzterer dafür soziale Sicherheit und eine gesunde Zukunft garantieren kann, die Mehrheit der Bevölkerung diesem Konzept zustimmen würde.

*Viertens* haben wir festgestellt, daß man die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nicht beseitigen kann, solange man nicht bereit ist, strategisch auf Arbeitszeitverkürzung zu setzen. Es gibt Leute, die vom Wachstum durch neue Technologien und ähnliches in dieser Hinsicht viel erwarten, aber das ergibt letztlich nur einige hunderttausend zusätzliche Arbeitsplätze. So bliebe nur übrig, bis 2020/2030 zu warten, wenn aufgrund der Altersentwicklung die Arbeitslosigkeit sowieso herunter geht.

Wer vorher etwas erreichen will, muß dafür sorgen, daß man über die Wachstumsförderung hinaus Maßnahmen ergreift, und da gibt es im wesentlichen nur die Arbeitszeitverkürzung in den verschiedensten Formen. Ich bin dabei der Auffassung, daß eine reguläre Wochenarbeitszeitverkürzung der wirksamste Weg ist.

Hinzu kommen müssen spezifische Formen der Arbeitszeitverkürzung für Menschen in speziellen Berufsgruppen und Lebenssituationen, zum Beispiel für Leute, die Kinder erziehen wollen – »Familienzeit« –, oder für Leute im Lehrer- und akademischen Bereich beispielsweise »Sabbaticals«, also arbeitsfreie Halbjahre oder Jahre, verbunden mit Fortbildung und Qualifikation. Besonders wichtig ist



uns eine größere Durchlässigkeit zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Arbeit für die Gesellschaft und ehrenamtlicher Tätigkeit – von Pflege bis Naturschutz. Wir hoffen sehr, daß irgendwann Wirtschaft und Verwaltung (an)erkennen, daß jemand, der vier, fünf oder mehr Jahre Kinder in der Familie groß gezogen hat, auch eine Sozialkompetenz entwickelt hat, die dieser Person, meistens sind es ja Frauen, ausgesprochen gut zupasse kommt, wenn sie zum Beispiel eine Bankfiliale leiten soll. In Schweden war es so, als dort große Bankkonzerne umstrukturiert und die Funktionen der Filialen geändert wurden, sind erhebliche soziale Spannungen aufgetreten. Also hat man gezielt Frauen mit Erfahrung als Filialleiterinnen eingesetzt – mit gutem Erfolg. Die Bedeutung dieser Sozialkompetenz nicht nur für das gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch für die Produktivität der Wirtschaft wird bei uns noch völlig unterschätzt. Diese geringe gesellschaftliche Wertschätzung wird dann auch in dem Lohnniveau deutlich, das für Tätigkeiten gezahlt wird, die eher soziale als technische Kompetenz verlangen. Daß heutzutage jemand, der Autos repariert, als Kfz-Mechaniker pro Stunde doppelt so viel bekommt, wie jemand, der Menschen repariert, als Krankenschwester, verweist auf einen Fehler in der ökonomischen Struktur, der in einer alternden Gesellschaft höchst bedenklich ist. Auch die weitgehende Chancenlosigkeit von älteren Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt hat damit zu tun, daß die von ihnen erworbenen Kompetenzen nicht honoriert werden.

Zur Rolle der Nichterwerbsarbeit noch ein Hinweis: Wir haben eine kleine Nachfolgestudie<sup>6</sup> vorgelegt, in der sich gezeigt hat, daß wir heute schon rund ein Drittel unseres Lebensstandards der Tatsache verdanken, daß andere unbezahlte Arbeit für uns leisten, wenn man die ganze Palette der unbezahlten Dienstleistungen berücksichtigt, von Pflege bis Versorgung und Freizeit. Ein Drittel unseres Wohlstandes wird also gar nicht von den Bruttosozialproduktexperten erfaßt, denn sie erfassen ja nur, was in D-Mark und Euro über den Schalter geht. Angewandt auf unsere Szenarien zeigt diese Analyse, daß selbst im Kostensenkungsszenario im Jahre 2020 die Hälfte des Wohlstandes aus nicht bezahlter Arbeit kommen wird, in den beiden Nachhaltigkeitsszenarien sogar zwei Drittel.

Daraus ergeben sich ganz neue Herausforderungen für politische Gestaltung, um die sich heute noch keine Partei vernünftig kümmert. Was für eine Unfall- und Sozialversicherung gibt es beispielsweise für ehrenamtliche Tätigkeit? Wie kann man dafür sorgen, daß Mindeststandards für Arbeitssicherheit und Arbeitsqualität eingehalten werden? Welche Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten gibt es im unbezahlten Sektor? In den Gewerkschaften sollte es dann Vertrauensleute für unbezahlte Arbeit geben – eine ungewohnte Vorstellung. Die Erwerbsarbeit prägt zwar nach wie vor (und noch auf lange Zeit) Sozialstrukturen und Verhaltensmuster, aber ihre quantitative Dominanz nimmt ab. Diese tiefgreifende Umstrukturierung unserer Lebenswelt läßt sich bereits in vieler Hinsicht erkennen, aber die gesellschaftlich entscheidenden Akteure haben sich noch nicht auf diesen Wandel eingerichtet.

*Fünftens* und *letztens*, nachhaltiger Konsum gehört mit zur nachhaltigen Entwicklung. Das heißt unter anderem, daß Konsum sozialverträglich werden muß, also zum Beispiel nicht auf Kinderarbeit

6 Vgl. Spangenberg, Joachim H., Lorek, Sylvia: Lebensstandardmessung einschließlich nichtmarktl. Dienstleistungen, Studie für das Wissenschaftszentrum NRW, Gelsenkirchen/Wuppertal 2001.

aufbaut. Es heißt auch, die »Konsumarbeit« gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen, oder Produkte aus fairem Handel zu kaufen. Da man aber nicht erwarten kann, daß die Menschen aus ethisch-moralischen Gründen ökonomische Überlegungen außer acht lassen, ist eine sozial-ökologische Steuerreform so wichtig: was umwelt- und sozialverträglicher ist, darf – anders als heute – nicht teurer sein.

Heute können sich im wesentlichen die Besserverdienenden einen qualitativ hochwertigen umweltgerechten Konsum leisten. Allerdings tun das im wesentlichen die Bildungsbürger der gehobenen Mittelschicht, der Konsum der Reichen ist weitaus umweltbelastender als der des Bevölkerungsdurchschnitts.<sup>7</sup> Insofern müssen wir auch weg von der Situation, daß die Konsummuster der Reichen das Leitbild für die darunter liegenden Einkommensgruppen darstellen.

7 Vgl. Spangenberg, Joachim H., Lorek, Sylvia: Reichtum und Umwelt, in: Rilling, R. (Hg.): Reichtum in Deutschland, Münster 2001.

KLAUS MEIER: Herr Spangenberg, Sie sind ja schon einige Zeit auf Rundreise und haben die Ergebnisse der Studie bei unterschiedlichen Gelegenheiten vorgestellt. Wie schätzen Sie die Resonanz vor allem bei gesellschaftlichen Akteuren und politischen Interessenvertretern ein; sind bereits Wirkungen hinsichtlich Problemverständnis, Programmatik und im politischen Handeln erkennbar?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Die Mehrzahl der Präsentationen hatten wir bei Gewerkschaften. Die IG Bau zum Beispiel will die Ergebnisse in ihre weitere Grundsatzprogrammdebatte einbringen. Auch die IG Metall, die eine Zukunftsdebatte angestoßen hat, nimmt dieses Projekt ernst und will es nutzen. Die IG Bergbau, Chemie, Energie nähert sich den Schlußfolgerungen wohl eher selektiv, sie mögen so manche Vorschläge wie etwa die Ökosteuer nicht. Wir allerdings sagen, es geht nicht ohne. Auch die jetzt in ver.di zusammengeschlossenen Gewerkschaften (insbesondere ÖTV und IG Medien) haben Interesse an der Studie gezeigt. Sie leiden allerdings unter dem Problem, daß viele inhaltliche Debatten vertagt wurden, weil alle Kapazitäten vom Strukturprozeß der Vereinigung absorbiert waren.

Wir haben inzwischen Voranfragen bekommen, in Vorbereitung eines Programmgewerkschaftstages mit ihnen zu diskutieren, welche Einsichten und Konsequenzen sich aus der Studie für diese nun größte Einzelgewerkschaft ergeben könnten. Alles spricht dafür, das unsere Ergebnisse in die künftige Programmdiskussion der Gewerkschaften als eine wichtige Basisinformation eingehen werden. Das hatten wir gehofft, schließlich waren wir ja beauftragt, Orientierungswissen für die Konkretisierung der sozialökologischen Reformstrategie der Gewerkschaften zu liefern. Wie dieses Wissen letztlich verarbeitet wird und in welcher Form es in die gewerkschaftliche Willensbildung einfließt, ist selbstverständlich eine Sache der Gewerkschaften, nicht der Wissenschaft.

Eine andere wichtige gesellschaftliche Gruppe sind insbesondere in Westdeutschland die Kirchen. Die evangelischen Akademien in Loccum, Iserlohn, Mülheim und Tutzing haben das Thema aufgegriffen, die *Katholische Arbeiterbewegung* veranstaltet eine Tagung dazu, Experten der Kirchen haben Beiträge zur Szenarienentwick-

lung geliefert. Auch in diesem Umfeld fallen die Anregungen der Studie auf fruchtbaren Boden.

Inzwischen waren wir auch bei politischen Stiftungen – so der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, der *Heinrich-Böll-Stiftung* und nun auch im Gesprächskreis Nachhaltigkeit der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Die englische Übersetzung der Studie<sup>8</sup> wird in Brüssel gemeinsam vom *Europäischen Gewerkschaftsinstitut*, der *Friedrich-Ebert-* und der *Heinrich-Böll-Stiftung* vorgestellt.

Es ist bereits verschiedentlich Interesse aus Parteien hinsichtlich entsprechender Unterlagen und Diskussionsbeiträge signalisiert worden, so von Mitgliedern der Grundsatzkommissionen von SPD und Grünen. Der Bezirk Hessen-Süd der SPD hat eine eigene Fachtagung zum Thema durchgeführt. Das zeigt, daß diejenigen versprengten Aktiven, die sich in den Parteien noch um grundsätzliche Perspektiven bemühen und unser Projekt schon entdeckt haben, zunehmend darauf reagieren. Ich bin optimistisch, daß wir so viel Qualität geliefert haben, daß sie etwas damit anfangen können. Allerdings weiß ich nicht, welche Chance sie haben, sich gegen die hemdsärmeligen Pragmatiker der programmfreien Zukunftsgestaltung in irgendeiner Form durchzusetzen.

2002 wird die Zehnjahresbilanz nach Rio zu ziehen sein und die Rot-Grüne-Regierung – mit einigen Hoffnungen auf diesem Feld angetreten – wird sich auch im Lichte der Ergebnisse unserer Studie der Kritik stellen müssen. Sozial-ökologische Nachhaltigkeit ist machbar, das haben wir gezeigt, und das ist die Herausforderung an eine Politik, die – trotz aller Lippenbekenntnisse – Nachhaltigkeit noch längst nicht zu einer handlungsorientierenden Perspektive gemacht hat.

8 Vgl. Hans Böckler Stiftung (ed.): *Pathways to a Sustainable Future*, Düsseldorf 2001.